

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 99. Ratssitzung vom 17. Juni 2020

2620. 2020/90

Weisung vom 11.03.2020:

Stadtpital Triemli, Teilinstandsetzung Turm 3. Etappe, Erhöhung Projektierungskredit, gebundene Ausgaben, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Für die Umbauten zur Verlegung von Teilen der Frauenklinik in den Sockel des Turms des Stadtpitals Triemli, den Gebäudeschnitt im Sockelgebäude und den Bau eines Logistikbahnhofs wird ein Objektkredit von Fr. 18 753 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2019) und der Bauausführung.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Natascha Wey (SP): *Es handelt sich um die 3. Etappe der Instandhaltung und Teilinstandsetzung des Turms des Stadtpitals Triemli. Der Turm liegt zwischen dem Neubau Bettenhaus und dem Behandlungstrakt. Vorgesehen ist eine abgestimmte Nutzung der drei Gebäude. In die 3. Etappe fallen die Fertigstellung der Sockelgeschosse, die dringend nötige Verlegung der Geburtshilfe der Frauenklinik, der Gebäudeschnitt, den es für die Zusammenarbeit mit der Rehabilitationsklinik Valens braucht, sowie die Erweiterung der Logistik. Der Gesamtkredit für die Instandhaltung beträgt einschliesslich der Projektierungskosten und Reserven 49 973 000 Franken. Davon sind 31 220 000 Franken gebundene Ausgaben und fallen somit in die Kompetenz des Stadtrats. Die neuen Kosten in der Höhe von 18 753 000 Franken, die wir heute sprechen, sind vor allem der Verlegung der Frauenklinik sowie dem Gebäudeschnitt und dem Neubau des Logistikbahnhofs geschuldet. Unter die gebundenen Ausgaben fallen namentlich die Fertigstellung der Sockelgeschosse, was wichtige Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen beinhaltet, die gemacht werden müssen. Das Gebäude wurde 1970 fertiggestellt und befindet sich laut der Zustandsanalyse in einem mittleren bis schlechten Zustand. Nötig sind Massnahmen bei der Gebäudetechnik, damit gesetzliche Auflagen erfüllt werden können und der Brandschutz eingehalten wird. Das sind der Ersatz von Elektroanlagen und der Gebäudeautomation; die Instandhaltung der Lüftungs-, Klima- und Sanitäranlagen; die Anpassung der Liftanlagen sowie der Ersatz der Rohrpostanlagen. Nötige Massnahmen beim Ausbau sind beispielsweise die Instandsetzung der inneren Oberflächen und eine Anpassung der Betriebseinrichtung bei der Cafeteria, die heute den Anforderungen bezüglich der Arbeitssicherheit und Hygiene nicht mehr entspricht. Von den neuen ungebundenen Kosten in der Höhe von 18 753 000 Franken, die in der Kompetenz des Gemeinderats liegen und über die wir heute diskutieren, besteht der Hauptteil aus der Verlegung der Frauenklinik und der Geburtshilfe ins Geschoss B, ins Kernareal*

des Stadtsitals Triemli. Das ist eine wichtige und überfällige Massnahme. Mit jährlich 5200 Patientinnen in der Gynäkologie ist das Stadtsital Triemli eine der grössten Anbieterinnen im Kanton Zürich und teilweise auch in den angrenzenden Kantonen. Im Jahr 2019 kamen im Triemli 2175 Kinder auf die Welt – jedes dritte in der Stadt Zürich geborene Kind. Klar ist auch, dass das Triemli-Spital mit einer besseren Infrastruktur noch mehr Geburten durchführen und die gynäkologische Versorgung verbessern kann. Mit dem heutigen Standort bestehen verschiedene Probleme. Die Gynäkologie wuchs in den vergangenen Jahrzehnten. Das Ambulatorium musste darum aus Platzgründen ins Personalhaus ausgelagert werden. Dazu kommen neue Therapiemöglichkeiten mit beispielsweise komplexeren Krebsoperationen und interdisziplinären Eingriffen, die heute nicht durchgeführt werden können, weil ein Aufwachraum fehlt. Man ist also eingeschränkt oder muss die schweren Eingriffe heute im Haupthaus durchführen. Für Krebspatientinnen wäre die Nähe zur Radiologie ein weiterer Vorteil. In der Geburtshilfe betreut das Triemli Hochrisikopatientinnen. Wenn nach einer Geburt eine Intensivpflege nötig wird, dann muss die Patientin heute verlegt werden. Das sind lange Wege, es ist ineffizient und auch ein unnötiges Risiko. Ähnlich ist die Situation für die Neugeborenen. Wenn sie nach der Geburt in die Neonatologie verlegt werden müssen, geschieht dies unterirdisch über einen schmalen Gang, wichtige Zeit geht verloren und für den weiteren Aufenthalt ist es für Mutter und Kind problematisch, wenn die Distanz zwischen Wochenbett und Neonatologie so gross ist. Schliesslich ist auch die Infrastruktur in der heutigen Maternité nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Die Zimmer haben keine Bäder, diese befinden sich im Gang und auch die Cafeteria befindet sich nicht mehr in einem Zustand, in dem sich die Patientin und der Besuch gerne aufhalten. Für den Umzug der Maternité ins Sockelgeschoss B braucht es bauliche Massnahmen: die Erstellung der Lüftungs-, Klima- und Sanitäreanlagen; die Erstellung der Elektroanlagen und der Gebäudeautomation sowie die Erstellung des Innenausbau der Abteilung Geburtshilfe. Ebenfalls zu diesen neuen Ausgaben gehört die Erstellung eines Logistikbahnhofs im Geschoss Y, der die Steigerung der Kapazitäten der Logistik zum Ziel hat. Zur 3. Baustappe gehört der Gebäudeschnitt im Sockelgebäude, wo die nötige physische Trennung entsteht, damit die beiden Projekte – die Verlegung der Geburtshilfe ins Kernareal und der Bau der Rehabilitationsklinik Valens – unabhängig voneinander durchgeführt werden können. Für die heutige Weisung bestand ein gewisser Zeitdruck, was uns in der Kommission vermittelt wurde. Denn die «Teilinstandsetzung Turm 3. Etappe» (InTu3) ist mit der bereits gestarteten 2. Baustappe (InTu2) verknüpft – ursprünglich handelte sich um ein einzelnes Projekt. Das Projekt InTu2 startete im Juni 2019 und dauert bis ins Jahr 2021. Es besteht also ein gewisser Zeitdruck InTu3 bald starten zu können, damit Synergien beim Umbau genutzt werden können. Wenn sich InTu3 verzögert, rechnet das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) mit Mehrkosten. Darum sind der Baustart für das dritte Quartal 2020 und der Bezug der Frauenklinik im zweiten Quartal 2023 relativ zeitnah vorgesehen. Längerfristig zahlt sich der Umzug der Maternité ins Haupthaus aus. Erstens reduzieren sich die Vorhalteleistungen für das Gebäude der heutigen Maternité: Durch den Umzug rechnet man mit einer geschätzten Aufwandminderung von 1,5 Millionen Franken pro Jahr. Zweitens rechnet das Triemli durch eine attraktivere Infrastruktur mit mehr Patientinnen und auch mit mehr Zusatzversicherten. Der heutige Anteil der Zusatzversicherten in der Geburtshilfe liegt weit unter den Zahlen im Vergleich zum Anteil der Zusatzversicherten in den anderen Abteilungen, die über

eine modernere Infrastruktur verfügen. Wenn das Wachstum auf diese Weise erreicht werden kann, rechnet das Triemli insgesamt mit Mehreinnahmen von 9 Millionen Franken pro Jahr.

(Fraktionserklärung siehe Beschluss Nr. 2621/2020)

Kommissionsreferentin:

Natascha Wey (SP): *Das vorliegende Projekt überzeugte uns in der Kommission vollumfänglich. Verhältnismässig kostengünstig kann eine wesentliche Verbesserung für die Patientinnen der Frauenklinik erreicht werden. Auch für den Prozess und die Mitarbeitenden entsteht eine Verbesserung. Beides zusammen führt zu einer massgeblichen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, was für das Stadtspital Triemli von grosser Bedeutung ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Rolf Müller (SVP): *Mit Erstaunen hörte die SVP-Fraktion der Fraktionserklärung der FDP zu. Selbstverständlich geschahen Fehler in der Vergangenheit, was ich als ehemaliger Präsident der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement (SK GUD) bestätigen kann. Jetzt sollten wir nach vorne schauen. Der heute Vorstehende des GUD, STR Andreas Hauri, hat sich bestimmt sehr gut in die nicht einfache Materie eingearbeitet, die seine Vorgängerin hinterliess. Der heutige Spitaldirektor André Zemp macht eine grossartige Arbeit, aber auch er kann nicht den Schalter von 0 auf 1 drehen. Dafür braucht es eine gewisse Zeit. Darum stimmt auch die SVP-Fraktion dieser Weisung zu. Die Verlegung der Gebärsäle in den Sockel des Turms ist eine Voraussetzung, damit das Stadtspital Triemli in Zukunft ein umfassendes Angebot für die Patientinnen zur Verfügung stellen kann. So sind auch im Notfall die Operationssäle im gleichen Geschoss zugänglich und die Neonatologie in kurzer Distanz erreichbar. Auch können die gynäkologischen Eingriffe aufgrund dieser Verlegung neu im Kernspital durchgeführt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist die Integration der Geburtshilfe in den Kernbereich des Stadtspitals Triemli sinnvoll. Uns wurde von der Verwaltung auch aufgezeigt, wie mühsam die Angestellten, die Pflegerinnen und die Patientinnen durch einen schmalen und sehr steilen Gang hin und her passieren müssen, was ausserdem sehr unfallträchtig sein kann.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich möchte nicht nur als AL-Gemeinderat, sondern auch in meiner Funktion als Kommissionspräsident den Kommissionsmitgliedern ein grosses Lob für ihre konzentrierte und lösungsorientierte Arbeitsweise aussprechen. Es ist gut möglich, dass der Inhalt der Weisung morgen nicht in den Medien thematisiert wird. Themen, die einen derartigen Konsens hervorrufen, eignen sich schlecht als polarisierende News. Auch sind Umzüge innerhalb eines Spitals keine Garanten für hohe Einschaltquoten. Umso wichtiger ist es, dass die Effizienz der Kommission im Protokoll von heute festgelegt wird. Mit der Weisung zeigten die Kommissionsmitglieder allen, wie sie unter einem enormen Zeitdruck ein Geschäft von 19 Millionen Franken traktandieren, kontrovers diskutieren und beschliessen. Die Effizienz der Kommission zeigt sich auch*

bei der Betrachtung der Zeitleiste. Der Stadtrat überwies das Geschäft dem Gemeinderat am 11. März; das Büro wies es der SK GUD am 23. März zu. Aufgrund der COVID19-Krise wurde das Geschäft erstmals am 30. April in der Kommission vorgestellt. Trotz der Komplexität der Materie, der Fragen, der Rückfragen und der Rückrückfragen waren die Kommissionsmitglieder in der Lage, sich innerhalb von 200 Minuten eine Meinung zu bilden und das Geschäft abzuschliessen. Die Weisung konnte somit am 11. Juni abgeschlossen werden – zwei Wochen vor dem vom Stadtrat angestrebten Abschlusstermin. Es kam sogar zu einem Begleitvorstoss, den wir anschliessend besprechen werden. Ich weiss nicht, ob es sich um einen Rekord handelt. Wichtig dabei ist jedoch, dass die Weisung ein Beispiel dafür ist, wie das Märchen, dass die langsamen demokratischen Prozesse eine flexible Spitalführung verunmöglichen, der Lüge überführt wird. Das Parlament, die demokratische Kontrolle, steht dem Gesundheitswesen nicht im Weg. Das zeigte die COVID19-Krise im Grossen und das zeigt sich heute Abend mit dieser Weisung. Es handelt sich um eine schmerzvolle Erfahrung für alle Auslagerungs- und Privatisierungsfreundinnen, die die res publica beklagen und wie Elisabeth Schoch (FDP) Verantwortlichkeiten durcheinanderbringen. Das Verzögern des Geschäfts liegt nicht am Gemeinderat und nicht an einer Kommission. Die Realität kann brutal sein. Fakt ist, dass das Triemli nach Unterstützung rief und dass wir, die Kommissionsmitglieder, weniger als 25 Arbeitstage und lediglich 200 Minuten brauchten, um dem Gemeinderat die Annahme eines zweistelligen Millionenbetrags einstimmig zu empfehlen. Keine Verwaltung und kein Spitalrat hätten eine solche Entscheidung rascher und ausgewogener treffen können, unter anderem weil deren Räte nicht so häufig tagen. Die gute Kooperation zwischen der Spitalleitung, dem Stadtrat und dem Gemeinderat ist die beste Zukunftsgarantie für unser Spital. Sie ermöglicht gesundheitspolitische und finanziell ausgewogene Entscheide, die die AL gerne unterstützt.

Marion Schmid (SP): *Für eine gewisse Polarisierung konnte die FDP mit ihrer Fraktionserklärung sorgen – vielleicht ist das für die Aufmerksamkeit etwas Positives. Manchmal frage ich mich jedoch, was geschehen muss, damit die FDP nicht mehr «herumnörgelt». Das Projekt über das wir heute reden, hat tatsächlich eine lange Vorgeschichte. 2008 war ursprünglich geplant, den Turm nach der Eröffnung des Bettenhochhauses während mindestens fünf Jahren für eine umfangreiche Instandsetzung ausser Betrieb zu nehmen. 2014 entschied der Stadtrat, darauf zu verzichten und stattdessen eine kostenminimierende Instandhaltung durchzuführen, bei der der Turm zumindest teilweise ohne Unterbruch weiterbetrieben werden kann. Das plante er erst in zwei Etappen, wobei die zweite Etappe, die Verlegung der Frauenklinik und der Augenklinik in den Turm vorsah. Für die zweite Etappe legte der Stadtrat im Jahr 2017 eine Weisung mit einem Objektkredit vor. Weil sich bereits damals abzeichnete, dass es zu massiven Eingriffen in die Tarmed-Tarifstruktur kommen und strenge Vorgaben für «ambulant vor stationär» geben wird, zog der Stadtrat die Weisung Ende 2017 wieder zurück, um mit einer neuen Strategie der betrieblichen Verdichtung besser auf die neuen Begebenheiten zu reagieren und so die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Das Resultat der Entwicklungen kommt mit der heutigen Weisung zu einem sehr guten Abschluss. Das Bauprojekt ist gemessen an seinem Nutzen kostengünstig. Das gilt zum einen monetär bezüglich die Kosten von 50 Millionen Franken an gebundenen und ungebundenen Ausgaben und vor allem auch*

in Anbetracht der Tatsache, dass Mehrerträge und Kostenreduktionen von über 10 Millionen Franken pro Jahr gegenüberstehen. Zugegebenermassen handelt es sich um eine ehrgeizige Annahme. Aber die Stadtspitäler konnten in den letzten zwei Jahren beweisen, dass sie auch ehrgeizige finanzielle Ziele erreichen können. Wir wissen, wie wichtig die Wirtschaftlichkeit der Stadtspitäler für alle ist, weil sich daran schliesslich entscheiden wird, ob sie die kantonalen Leistungsaufträge erhalten werden oder nicht. Der Nutzen geht weit über das Finanzielle hinaus. Die Verlegung der Geburtshilfe bringt sowohl für die Patientinnen wie auch für die Mitarbeitenden eine grosse Verbesserung. Für die Patientinnen ist das insbesondere bei der Geburtshilfe wichtig, weil eine Geburt wohl die medizinische Dienstleistung ist, bei der die Patientinnen mit Abstand am sorgfältigsten auswählen, wo sie diese beziehen wollen und dabei auch entsprechend hohe Ansprüche haben. Für die Mitarbeitenden ist das entscheidend, weil wir im Gesundheitswesen mit einem sehr ausgeprägten Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Das gilt vor allem für spezialisierte Funktionen, wie das auch bei den Hebammen der Fall ist. Im Jahr 2019 mussten 151 Schwangere für die Geburt in ein anderes Spital weiterverwiesen werden – hauptsächlich, weil nicht genügend qualifiziertes Personal, namentlich Hebammen, zur Verfügung standen. Das ist betriebswirtschaftlich zu bedauern und vor allem ist das für eine gebärende Frau sehr unangenehm. Mit der vorliegenden Weisung können in verschiedener Hinsicht massgebliche Verbesserungen erreicht werden. Über die Jahre hinweg musste man bei der Planung schlauer werden, was nicht einfach, jedoch wichtig ist. Die Rahmenbedingungen und die regulatorischen Vorgaben im Gesundheitswesen veränderten sich innerhalb von kürzester Zeit. Sich dies bei einem Projekt einzugestehen und einzugestehen, dass nochmals über die Bücher gegangen werden muss, braucht Mut. Diesen konnte der Stadtrat beweisen. Er kommunizierte deutlich, nachvollziehbar und immer wieder, dass der Fokus der Stadtspitäler jetzt auf dem Erreichen der angemessenen Wirtschaftlichkeit liegt. Ohne genügende Wirtschaftlichkeit gibt es keine Gewährleistung für zukünftige Leistungsaufträge und auch keine Ausgliederung, da ein selbstständiges Spital mit einem Defizit in Konkurs gehen wird. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass das vorliegende Projekt ein grosser Gewinn für die Prozesse, die Wirtschaftlichkeit des Spitals, die Mitarbeitenden und vor allem für die Stadtzürcher Bevölkerung ist – und für die 2000 Menschen, die jedes Jahr in unsere Bevölkerung dazukommen sowie für deren Eltern und alle anderen Angehörigen.

Elisabeth Schoch (FDP): *Dr. David Garcia Nuñez (AL) erklärte, dass wir das Projekt unglaublich schnell über die Bühne brachten. Aber das ist nicht wirklich wahr. Mit diesem Projekt begannen wir im Jahr 2015. Dass wir dieses Projekt so schnell bearbeiten konnten und dass wir so wenige Fragen hatten, hat viel damit zu tun, dass wir dieses Projekt in den vergangenen zwei bis vier Jahren immer wieder sahen und wir darüber informiert wurden, wie das InTu3-Projekt aussehen wird. Wenn nicht André Zemp die Verantwortung für die Stadtspitäler übernommen hätte, wären wir jetzt am InTu2-Projekt und würden Geld verschwenden. Ein rascher Abschluss ist kein Beweis dafür, die Corporate Governance im Griff zu haben. Im Gegenteil bin ich nicht sicher, ob alle in der SK GUD stets wissen, was im Markt gefragt wird. Ich bin auch nicht sicher, ob es der Stadtrat weiss. Ich bin nicht der Meinung, dass der Stadtrat gewählt wurde, weil er ein besonders guter Gesundheitspolitiker oder Gesundheitsökonom ist. So gesehen kann zwar argumentiert werden, dass die Kommission das rasch erledigte. Fakt ist, dass wir fünf*

Jahre brauchten. Ich kann garantieren, dass ein Verwaltungsrat nicht während fünf Jahren zugeschaut hätte. Ein Spitalrat wäre auf jeden Fall schneller als wir vorangekommen. Wir hätten nicht zwei Wochen auf die Weisung warten müssen, nur, weil wir zu spät einreichten.

Marcel Bührig (Grüne): *Die Grünen werden dieser Weisung zustimmen; sie macht wirtschaftlich und medizinisch durchaus Sinn. Es geht um die Behandlungsqualität und um die Behandlungskosten, die gesenkt werden sollen. Dass die Weisung spät behandelt wird, monierte bereits die FDP. Man kann geteilter Meinung sein, ob die Weisung zu spät ist oder ob es schlichtweg Zeit braucht, bis solche Projekte ausgearbeitet sind. Was mich an der Debattenführung der FDP stört, ist die Aussage, dass alles bereits früher und viel besser hätte getan werden können, wäre nur nicht die unfähige Stadtrats- und Gemeinderatsmehrheit im Weg gestanden. Solche Aussagen haben nichts mehr mit der Realität zu tun. Seit ich Mitglieder der SK GUD bin, begleitet uns die Instandsetzung dieses Turms und der Neubau des Bettenhauses. Während diesen sechs Jahren hörte ich immer wieder im Nachhinein, dass dies und jenes hätte besser oder schneller gemacht werden sollen. Während den sechs Jahren hörte ich aber niemals einen Vorschlag, der rechtzeitig eingebracht wurde und der beschrieb, was denn nun besser oder schneller hätte gemacht werden können. Solches kam immer nur im Nachhinein. Die Gemeinderatsmehrheit, die in der FDP-Fraktionserklärung angegriffen wurde, existiert meines Wissens erst seit dem Jahr 2018. Während den vier Jahren vorher, also in dieser Zeit, in der die Kommission und der Rat als unfähig beschrieben werden, verfügte die bürgerliche Seite über eine – zwar hauchdünne – Mehrheit. In der Gesundheits- und Wirtschaftspolitik kann die GLP nicht zum linken Flügel gezählt werden. Auch in diesen vier Jahren hörten wir nie einen Vorschlag zur Verbesserung. Die Situation ist komplex. Das Gesundheitswesen ist keine einfache Angelegenheit, sondern eine hochkomplexe Sache. Alleine die Spitalfinanzierung kann nicht auf fünf Folien einer PowerPoint-Präsentation erklären; dafür braucht es eher riesige A1-Folien, auf denen jedes kleinste Detail erklärt wird. Ausgewogene und gute Projekte brauchen für ihre Erarbeitung eine gewisse Zeit. Betrachtet man die Medienberichterstattung der letzten Monate über andere grosse Spitäler mit einer Zentrumsfunktion im Kanton Zürich, dann erkennt man, dass eine Ausgliederung alleine nicht verhindert, dass es zu Problemen und Skandalen kommt. Es braucht eine gute Führung. In den letzten Jahren konnte bewiesen werden, dass dies auch als städtische Dienstabteilung möglich ist. Das bedeutet nicht, dass eine Ausgliederung diskutiert werden kann, aber die Rechtsform entspricht nicht dem Ursprungsfehler unserer Spitäler. Sie funktionieren sehr gut; sie befinden sich unter demokratischer Kontrolle.*

Guy Krayenbühl (GLP): *Auch wir von der GLP unterstützen die Weisung und das Projekt. Es handelt sich um eine lange Geschichte. Es irritiert mich, wie Elisabeth Schoch (FDP) Kritik übte. Ich möchte daran erinnern, dass auch die FDP für das Bettenhaus war und mit uns stimmte. Sehr vieles hat sich nun in diesem Markt während den letzten Jahren verändert. Ob ein einzelnes Gremium kürzer und schneller hätte entscheiden können, kann ich nicht sagen. Fehlentscheidungen können getroffen werden. Die Turmsanierung verlangt viel. Uns wurden schon viel teurere Projekte vorgelegt. Bei beiden Stadtspitälern geben jedoch alle ihr Bestes. Dazu gehört nicht nur der hochgelobte*

André Zemp, sondern alle Mitarbeiter und auch unser Vorsteher.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Im Spanischen gibt es ein schönes Sprichwort zur FDP-Haltung: «A toro pasado.» Wenn der Stier vorbei ist, dann sind alle mutige Stierkämpferinnen und Stierkämpfer. Oder auf Neuenglisch: «Captain a posteriori.» Das erfahren wir mit der COVID19-Krise: Im Nachhinein sind alle Virologen und Expertinnen und hätten bereits im Januar gewusst, was alles hätte getan werden müssen. Zweitens verwehre ich mich gegen dieses Wir. Wir in der Kommission hatten es nicht in der Hand, die Weisung voranzutreiben oder zu beschleunigen. Elisabeth Schoch (FDP) war Kommissionspräsidentin; ich würde gerne die Protokolle sehen, in denen du das während den Kommissionssitzungen verlangtest. Das fand nicht statt. Jetzt im Nachhinein zu sagen, dass der Stadtrat seine Aufgaben nicht erfüllte, ist einfach. Dabei geht der inhaltliche Zusammenhang mit der Klinik-Valens-Weisung vergessen. Erst anfangs März besprachen wir diese im Rat. Es gibt einen inhaltlichen Zusammenhang, warum die Weisung erst jetzt kommt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Das Kompliment an den Spitaldirektor André Zemp leite ich sehr gerne weiter. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtspitäler Waid und Triemli leisten nicht nur in den letzten Wochen, sondern seit langer Zeit Aussergewöhnliches. Das zeigt, dass wir grosse Schritte weitergekommen sind. Gerade im letzten Jahr gab es an beiden Standorten mehr Patienten. Wir haben eine bessere Wirtschaftlichkeit an beiden Standorten; die Fallkosten werden für das Jahr 2019 tiefer sein und nach wie vor besteht eine sehr hohe Patientinnen- und Patientenzufriedenheit. Das erreichen wir, weil wir eine klare Strategie verfolgen. Ich bin darüber erstaunt, dass Vergangenheitsbewältigung betrieben und dies gleichzeitig für eine grundsätzliche Spitaldebatte genutzt wird. Das bringt uns bei der Weiterentwicklung der Stadtspitäler Waid und Triemli nicht weiter. Wir befinden uns an beiden Standorten auf Kurs; wir machen Tempo; wir realisieren sehr viel. Alles deutet darauf hin, dass wir auf Kurs sind. Entscheidend ist nicht, Fehler in der Vergangenheit zu suchen, sondern zu schauen, wo wir jetzt stehen und dafür zu sorgen, dass wir nicht nur auf der Spitalliste 2023 bleiben, sondern nach wie vor auch wichtige Leistungsaufträge erhalten. Mit dem aktuellen Kurs wird das der Fall sein – was mich freut und stolz macht. Das liegt an der Arbeit der unzähligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an beiden Standorten. Das heutige Geschäft ging ein wenig unter. Alle scheinen jedoch die Vorlage grundsätzlich zu unterstützen. Sie ist wichtig, denn es handelt sich um den Abschluss der Instandhaltung InTu3; die Anbindung an die geplante Rehabilitationsklinik und vor allem die Verlegung der Geburtshilfe von der Frauenklinik ins Kernareal. Das ist eine grosse Änderung, die zur besseren Sicherheit für die Patientinnen und die neugeborenen Kinder führt. Auch wird die Infrastruktur dem aktuellen Stand angepasst, was die Patientinnenzufriedenheit und den Marktanteil weiter erhöhen wird. Die Vorlage wird zu zusätzlichen Erträgen führen. Auch auf der Seite der Vorhalteleistungen werden wir reduzieren und entsprechend sparen können. Die Vorlage ist Teil einer klaren Strategie, die wir in den nächsten zwei, drei Jahren weiterhin konsequent verfolgen werden: die Konzentration aufs Kernareal und die Medizin der kurzen Wege. Ich*

8 / 8

will mich ebenfalls bei der Kommission bedanken; das Ganze ging erstaunlich schnell über die Bühne. Die eingereichten Fragen waren sehr berechtigt. Dass der Abschluss trotzdem in der kurzen Zeit gefunden werden konnte, freut mich sehr.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Natascha Wey (SP), Referentin; Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Mélissa Dufournet (FDP) i. V. von Corina Ursprung (FDP), Sofia Karakostas (SP), Guy Krayenbühl (GLP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Umbauten zur Verlegung von Teilen der Frauenklinik in den Sockel des Turms des Stadtsitals Triemli, den Gebäudeschnitt im Sockelgebäude und den Bau eines Logistikbahnhofs wird ein Objektkredit von Fr. 18 753 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2019) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Juni 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 24. August 2020)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat